

«Nur noch die Hälfte der Landtagsabgeordneten ist voll berufstätig»

Interview Der Landtag nimmt kommende Woche wieder seine Beratungen auf. Noch acht Sitzungen, dann stehen Wahlen an. Im «Volksblatt»-Interview redet Landtagspräsident Albert Frick über sein Amt, das bunt gemischte Parlament und die noch zu nehmenden Hürden.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Welches Traktandum hat Sie als Landtagspräsident in den vergangenen drei Jahren am meisten gefordert?

Albert Frick: Es hat einige sehr lange Debatten gegeben, zum Beispiel die Eintretensdebatten zum KVG oder jene zur **AHV-Revisionsvorlage**. Die gingen beide fast einen ganzen Tag. Da musste ich dann doch teilweise darum bitten, dass sich die Abgeordneten etwas kürzer halten.

Bei solchen Marathondebatten ist es ja so, dass einzelne Abgeordnete mal rausgehen und einen Kaffee trinken können, der Landtagspräsident muss jedoch immer anwesend sein und jedem einzelnen Abgeordneten das Wort erteilen. Das braucht ein gutes Sitzleder.

Ja, das ist so. Ich kenne ja beide Seiten, also die des Abgeordneten und die des Landtagspräsidenten. Der Unterschied ist gross. Ja, die Abgeordneten könnten individuell mal eine Pause einlegen, das merkt man vor allem gegen Abend. Da kann es passieren, dass ich gewisse

«Wir haben ein Viertel des Staatsbudgets eingespart. Das ist beachtlich.»

Leute hereinbeordern muss, damit wir überhaupt beschlussfähig sind. Aber im Grossen und Ganzen ist die Disziplin gut. Ich hingehen habe den Vorteil, dass ich selber Pausen anordnen kann. Da halte ich mich jedoch an einen gewissen Rhythmus. Ansonsten erfordert meine Position natürlich schon eine ständige Präsenz, innerlich mal abdriften, das kann ich nicht. Ich gebe zu, dass ich nach den drei langen Tagen jeweils ziemlich fertig bin, dann brauche ich einen Tag Erholung (lacht).

Ein Unterschied zum normalen Landtagsabgeordneten ist ja auch, dass Sie zu jeder Sitzung das Wort erteilen, sich selber aber kaum in die Debatten einmischen und Voten halten.

Ja, das ist auch nicht unbedingt erwünscht. Ich habe eher eine ausgleichende Funktion. Natürlich bin ich Mitglied meiner Partei, also einer der zehn FDP-Abgeordneten. Da trage ich natürlich mit, was in der Fraktion vorher besprochen worden ist. Aber ich melde mich nur dann zu Wort, wenn ich das Gefühl habe, dass meine Ansicht zu wenig zum Ausdruck kommt. Zum Beispiel beim KVG oder bei der **AHV**, da habe ich mich zu Wort gemeldet.

Ist das manchmal auch ein gewisser Spagat zwischen Parteipolitiker und Landtagspräsident?

Ja, durchaus. Aber ich denke, bis jetzt konnte ich ihn recht gut meistern.

Welches waren denn aus Ihrer Sicht die grössten Herausforderungen, die dieses Parlament in dieser Legislatur gemeistert hat?

Es gibt eine Aufgabe, die alles überlagert hat: Das war die Sanierung des Staatshaushaltes. Der war ja wirklich in einer dramatischen Schieflage. Ohne Reserven hätte man sagen müssen, dass hier schon griechische Verhältnisse herrschten - ein Defizit

von 200 Millionen bei einem Budget von 800 Millionen Franken. Der klare Auftrag des Volkes an Landtag und Regierung war in dieser Legislatur, diese Schieflage wieder ins Lot zu bringen. Natürlich gibt es noch weitere Themen, die Reformen der Sozialwerke beispielsweise - aber der Staatshaushalt hat wirklich alles überlagert. Das war eine undankbare, aber extrem wichtige Aufgabe. Die Stabilität unseres Landes ist für uns alle von existenzieller Bedeutung.

Regierungschef Adrian Hasler hat ja kürzlich bekannt gegeben, dass diese Massnahmenpakete abgeschlossen sind und der Staatshaushalt zumindest wieder so weit im Lot ist, dass es kein weiteres Massnahmenpaket braucht. Innerhalb der Parteien ist das jedoch umstritten. Wie stehen Sie dazu?

Ich bin auch der Ansicht, dass es kein weiteres Massnahmenpaket braucht. Man hat Massnahmen gesetzt und 200 Millionen Franken eingespart - beziehungsweise 162 Millionen gespart und für 44 Millionen zusätzliche Einnahmen gesorgt. Das ist sehr beachtlich, denn das entspricht einem Viertel des Staatsbudgets. Wenn man jetzt hingehet und sagt, diese Sanierung sei nur Augenschein, dann ist das verantwortungslos. Denn die Massnahmen haben durchaus sehr stark gewirkt.

Trotzdem, wacklig bleibt das Budget noch ...

Aber wir sind wieder so weit stabil, dass es nicht zwingend nötig ist, dem Bürger weitere Belastungen aufzubürden. Ich verstehe nicht ganz, warum einzelne Parteien noch ein viertes Massnahmenpaket fordern. Das bedeutet ganz klar, dass wir die Bürger noch mehr belasten müssen. Es wurde ja versucht, die Lasten möglichst fair auf viele Schultern zu verteilen. Es ist meiner Meinung nach gelungen, die Massnahmen für alle in einem erträglichen Rahmen zu halten. Aber das würde jetzt zunehmend schwieriger. Nein, kein weiteres Sparpaket.

Gäbe es nicht noch Sparpotenzial, welches die Bevölkerung nicht direkt treffen würde? Beispielsweise gibt es Stimmen, die kritisieren, dass auf zu hohem Niveau Staat gespielt werde und man bei der Landesverwaltung noch mehr einsparen könnte.

Da möchte ich etwas klarstellen. Beim Staat ist sehr wohl gespart worden und zwar 30 Millionen Franken - 13 Millionen beim Personal und 17 Millionen beim Sachaufwand. Wenn man bedenkt, dass die Kosten über Jahrzehnte hinweg nur gestiegen sind, dann wäre es schon eine grosse Leistung gewesen, das Ausgabenwachstum zu stoppen. Man hat es aber so gar geschafft, die Kosten zu senken, das kann nicht genug betont werden. Wenn noch immer Leute sagen, beim Staat werde nicht gespart,

dann ist das schlicht und einfach falsch.

Aber eben, das Argument, man spiele auf zu hohem Niveau Staat. Könnte man bei den Repräsentationsterminen im Ausland abbauen?

Nein, ich denke, das würde auf uns zurückfallen. Es ist ja so, dass wir eine florierende Industrie haben, die aber praktisch zu 100 Prozent exportorientiert ist. Auch der Finanzplatz lebt von Kunden aus dem Ausland. Ein gewisses Renommee des Staates muss gegeben sein und auch abgesichert werden. Hilfreich ist sicher, dass wir im EWR und auch in der UNO sind. Aber diese Mitgliedschaften bedingen auch ein gewisses Mass an Verpflichtungen. Wir können uns nicht überall einfach durch die Schweiz vertreten lassen.

Wie steht es eigentlich um die Reputation des Landes - wenn Sie unterschiedliche Politiker im Ausland treffen, stellen Sie fest, dass die Reputation seit 2008 wieder besser geworden ist?

Es ist ein stetes Bemühen. Wir müssen auch immer wieder darauf hinweisen, wie diversifiziert unsere Wirtschaft ist, sprich, dass wir den grösseren Teil unseres Bruttoinlandsproduktes über die Industrie generieren und nicht über Finanzdienstleistungen. Wann immer möglich, führen wir Staatsgäste durch heimische Industriebetriebe. Und da staunen sie immer wieder. Sie staunen, von welcher Qualität die Produkte und wie erfolgreich die Firmen sind. Tatsache ist aber auch, dass der schlechte Ruf immer wieder aufflammen kann - das haben wir letztes Jahr mit dieser ominösen schwarzen Liste erlebt. Aber es gibt auch immer wieder Erfolge - vor wenigen Tagen wurde mir beispielsweise mitgeteilt, dass uns Bulgarien von ihrer nationalen schwarzen Liste gelöscht hat, dies aufgrund von bilateralen Gesprächen.

Blicken wir mal nach vorne. Kommende Woche steht die erste Landtagssitzung dieses Jahres an, insgesamt acht Sessions wird der Landtag in dieser Besetzung noch durchführen. Was für Traktanden könnten noch heiss werden?

Natürlich die 2. Lesung der Vorlagen zur Sicherung der **Altersvorsorge**, sprich zur **AHV** und betrieblichen Personalvorsorge. Es ist ganz wichtig, dass diese beiden Vorlagen unter Dach und Fach gebracht werden. Denn man die kürzlich in der Zeitung publizierten Zahlen sieht, dann weiss man auch, dass es dringend nötig ist, hier etwas zu unternehmen. Die demografische Entwicklung wird dafür sorgen, dass wir in absehbarer Zeit Probleme bekommen werden, wenn wir hier tatenlos zusehen. Es wäre nicht seriös, die nächste Generation mit diesen Problemen zu belasten. Hier sollten wir auch ganz klar

«Gespannt bin ich auf die Ergebnisse der Post-PUK. Es zeichnet sich ab, dass diese zeitaufwendig ist und sehr viel kostet.»

auf den Erbprinzen hören, der in seiner Thronrede nochmals auf die Dringlichkeit dieser Reformen eingegangen ist. Gespannt bin ich auf die Ergebnisse der von der DU geforderten Parla-



mentarischen Untersuchungskommission zur Post AG. Es zeichnet sich ab, dass die PUK sehr zeitaufwendig ist und auch sehr viel kostet. Es bleibt zu wünschen, dass die Ergebnisse diesen Aufwand rechtfertigen.

Diverse Vorlagen, welche den Finanzplatz betreffen, sind auch noch in der Pipeline ...

Ja, das ist in der Öffentlichkeit vielleicht weniger bekannt. Es gibt diverse Gesetzesanpassungen, die für den Finanzplatz von Bedeutung sind. Dann sind sicher auch Doppelbesteuerungsabkommen ein Thema, also uns wird sicher nicht langweilig. Insgesamt hat die Regierung ja noch 162 Vorlagen angekündigt für dieses Jahr.

Das ist eine rechte Flut - wenn wir gerade bei dem Thema sind. Oftmals sind es ja auch recht komplexe Gesetzesmaterien, mit denen sich die Abgeordneten herumschlagen. Sie müssen die Vorlagen ja verstehen, um letztendlich darüber entscheiden zu können. Wie gross ist diese Arbeitsbelastung?

Das ist individuell unterschiedlich, je nach persönlichen Möglichkeiten. Es gibt solche, die auch in Kommissionen oder Delegationen oder sogar bei beidem sind, das schenkt dann noch mehr ein. Ein Landtagsmandat ist - je nach Einsatz - mit einem Arbeitspensum von 20 bis 35 Prozent vergleichbar.

Das ist doch ein beträchtliches Pensum. Es fällt auf, dass mittlerweile viele Abgeordnete im Landtag sind,

die zum Teil gar nicht, in Teilzeit oder selbstständig beruflich tätig sind. Zu 100 Prozent beschäftigte Kaderpersonen gibt es im Landtag eigentlich nur wenige. Kann man ein Landtagsmandat überhaupt noch mit einem Führungsjob vereinbaren?

Ja, das ist wirklich auffallend. Nach meinen Einschätzungen ist ziemlich genau die Hälfte voll berufstätig. Darunter sind jedoch, wie angesprochen, etliche, die selbstständig erwerbend sind und damit ein Stück weit flexibler sind. Es zeichnet sich wirklich ab, dass das Mandat als Teilzeitjob gesehen wird.

Wie sieht dies bei Ihnen als Landtagspräsident aus?

Die zeitliche Belastung ist sicher doppelt so hoch wie bei einem normalen, engagierten Abgeordneten. Wie gesagt, ich kenne ja beide Seiten. Unter anderem habe ich sehr viele Repräsentationstermine wahrzunehmen. Alles in allem kommen 25 bis 30 volle Tage im Jahr zusammen, bei denen ich nur für solche Termine eingespannt bin.

In Ihrer Ansprache als Alterspräsident zur Landtagseröffnung haben Sie gesagt, der parlamentarische Alltag müsse als etwas Erstrebenwertes dargestellt werden. Ja, ist er das denn?

Man darf nichts beschönigen, der Aufwand ist gross. Aber es kann auch eine interessante Teilzeitarbeit sein. Schliesslich ist das Mandat bezahlt, das darf auch er-



Landtagspräsident Albert Frick: «Ja, es ist schon spürbar, dass mehr taktiert wird und Marschrouten langsam festgelegt werden.»
(Foto: Trummer)

wähnt werden. Teilweise besteht die Befürchtung, dass im Landtag oft gestritten und unter der Gürtellinie gekämpft wird. Das ist nicht so. In den meisten Fällen wird sehr sachlich um die Vorlagen gerungen. Ich wünsche mir, dass das auch im Vorwahljahr so bleibt. Es gibt ja etliche Abgeordnete, die schon seit vielen Jahren dabei sind, das Amt muss also auch attraktiv sein. Man hat es mit spannenden und herausfordernden Aufgaben zu tun, man ist am Puls des Landesgeschehens und kann sich ein sehr gutes Netzwerk schaffen.

Früher sass ja quasi die Elite des Landes, also Anwälte, Ärzte und Co., im Landtag, das hat sich schon gewandelt.

Das ist so, wir haben seit 1862 eine eigene Volksvertretung, in den ersten 50 Jahren war immer ein Arzt Landtagspräsident. Auch waren immer viele Juristen im Landtag. Nun haben wir keinen Arzt mehr und deutlich weniger Juristen - nur noch gerade das absolute Minimum, das es braucht. Juristen sind im Landtag ja gefragt, schliesslich geht es immer um Gesetzesmaterie. Topshots haben vielleicht wirklich kaum noch Gelegenheit, ein Mandat wahrzunehmen. Ich will damit aber nicht sagen, dass nicht trotzdem noch ein paar Topshots im Landtag sitzen (lacht).

Wirkt sich das auf die Arbeit des Landtages aus, dass viele Nichtjuris-

ten drinsitzen, die sich dann mit Gesetzesmaterie befassen müssen? Ist es heikel, weil sie vielleicht zum Teil Gesetze beschliessen müssen, deren Konsequenzen sie nicht genau abschätzen können?

Die Vorbereitungsarbeit wird dadurch sicher noch intensiver - in den Fraktionssitzungen muss man

sich besser beraten lassen und sich stärker in die Materie hineinknien. Auf der anderen Seite ist es natürlich auch wünschenswert, einen

guten Querschnitt durch die Bevölkerung im Landtag zu haben. Es sollten ja nicht nur Grossverdiener vertreten sein, sondern auch solche, die die Sorgen und Nöte der Bevölkerung aus eigener Erfahrung kennen.

Nicht nur deshalb gibt es einen breiteren Querschnitt, sondern auch weil mehr Parteien im Landtag sind. Die beiden Oppositionsparteien kommen zusammen auf sieben Mandate. Hat dies die Arbeit verändert?

Ja, das ist ganz klar spürbar. Die Debatten sind ergebnisoffener, weil keine Partei die absolute Mehrheit hat. Die Regierung muss jetzt richtiggehend um eine Mehrheit im Landtag ringen. In den Jahren mit absoluter Mehrheit konnten gewisse Traktanden quasi schon in der Fraktionssitzung entschieden werden. Dann wurde zwar debattiert, aber der Entscheid am Schluss war schon vorprogrammiert. Auf der anderen

Seite ist durch die kleineren Parteien auch mehr Arbeit entstanden. Sie wollen sich natürlich auch profilieren und sorgen für viele parlamentarische Eingänge - die sind für die Regierung, die Administration und den Landtag zeitintensiv und somit auch teuer.

In gut einem Jahr sind Landtagswahlen, wird auch Wahlkampf langsam ein Thema?

Ja, es ist schon spürbar, dass mehr taktiert wird und Marschrouten langsam festgelegt werden. Eine dieser Marschrouten ist sicher, dass Erfolge schlechtgeredet werden - das zeigt sich beispielsweise bei der Sanierung des Staatshaushaltes.

Werden im Hintergrund bereits Kandidaten gesucht?

Ja, derzeit wird sicher festgestellt, wer nochmals kandidiert, und geschaut, wie viele neue Kandidatinnen und Kandidaten es braucht. Es wird auch überlegt, wie man zu einem ausgewogenen Kandidatenfeld kommt. Das ist ein längerer Prozess.

Sind Sie zuversichtlich, was den Frauenanteil betrifft?

Ich habe in meiner Ansprache zur Landtagseröffnung der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sich möglichst viele Frauen auf den Listen der Parteien finden werden. Ich bin überzeugt, dass sich die Mehrheit der Parteien sehr darum bemühen wird. Der Frauenanteil im Landtag ist mit 20 Prozent sehr bescheiden. Eine Erhöhung würde der Politik guttun.